

## **Anmerkung:**

Zu nachfolgendem Leserbrief wurde ich durch den Leserbrief „*Ehemalige Stasi-Mitarbeiter sind keine Kriegsverbrecher*“ in der Recklinghäuser Zeitung (siehe Seite 6) inspiriert, in welchem die Tätigkeit der Stasi und ihrer Mitarbeiter vollends verharmlost wird. Mein Leserbrief, den ich unter dem Titel „*Unrecht bleibt Unrecht*“ eingereicht hatte, wurde am 24.07.2009 in der Recklinghäuser Zeitung unter dem Titel „*Wer nicht tat, was von ihm erwartet wurde, bekam das vom Staat zu spüren*“ veröffentlicht. Auch eine weitere Leserin der Recklinghäuser Zeitung konnte diese Verharmlosung nicht im Raum stehen lassen und schrieb einen anonymen Leserbrief (siehe Seite 5). Sie verband ihren Leserbrief jedoch nicht wie ich mit einer typischen Lebensgeschichte eines DDR-Bürgers. Ich wollte gezielt darstellen, dass man in der ehemaligen DDR nicht nur der Stasi ausgeliefert war. Da die Seitenränder und der Text des eingescannten Leserbriefes (siehe Seite 4) außerhalb des druckbaren Bereiches liegen nachfolgend Eingangs mein Leserbrief in Textform.

### **Wer nicht tat, was von ihm erwartet wurde, bekam das vom Staat zu spüren**

Man sollte bei historischen Darstellungen nicht Unrecht mit Unrecht vergleichen. Mir ist zwar bekannt, dass auch in unserem Land neben Extremisten auch Friedensaktivisten und Atomkraftgegner von den Sicherheitsorganen überwacht werden. Jeder Staat versucht, damit bestimmten störenden Ereignissen zuvor zu kommen. Aber was in der ehemaligen DDR passierte, war das Extrem solcher Auswüchse. Auch ich konnte als junger dynamischer DDR-Bürger mein Mundwerk nicht immer halten und äußerte mich insbesondere in wirtschaftlichen Fragen kritisch. Ich kannte aber – bedingt durch die Angst vor der Stasi – meine Grenzen. Deshalb stellte ich das System an sich auch nicht infrage. Schließlich gab es ehrenwerte Ziele, die mir seit meiner Kindheit vermittelt wurden.

Ich durfte jedoch auch spüren, was passierte, wenn man nicht das tat, was von einem erwartet wurde. Aufgrund eines Studienplatzwunsches verpflichtete ich mich faktisch schon in der Schule, für 3 Jahre zur Nationalen Volksarmee (NVA) zu gehen. Bei der Musterung wusste das Wehrkreiskommando komischerweise bereits davon. Als ich dann aber sagte, dass ich meinem Staat besser dienen könne, wenn ich nach Abschluss der Lehre sofort meinen Grundwehrdienst ableiste, um anschließend nahtlos ein Studium zum Kraftwerksingenieur anzutreten, ließ man mich die Macht des Staates spüren. Man zog mich erst mit 23 Jahren zum Grundwehrdienst ein, was in der DDR

unüblich war. Vor Ableistung des Wehrdienstes durfte man nicht studieren. Als ich dann nach Ableistung des Grundwehrdienstes (18 Monate) meinen Kraftwerksingenieur im Fernstudium absolvieren wollte, hieß es nur: „Sie haben zwar das Recht, sich zu bewerben, aber wir haben keinen Bedarf!“ So sah die freie Entfaltung der Persönlichkeit im Osten aus! Also blieb mir – wie schon vor meinem Grundwehrdienst - nichts anderes übrig, als weiter in meinem Beruf als Obermaschinist im Kraftwerk zu arbeiten. Immerhin hatte ich die höchste Lohngruppe erreicht.

Um von meinem beruflichen Abstellgleis wieder fortzukommen, engagierte ich mich fortan gewerkschaftlich. Schließlich wollte ich trotz Rückschlägen mich und die Welt verändern. So kam es, dass ich trotz kritischer Äußerungen und Westverwandtschaft Gewerkschaftsschulen besuchen durfte. Da mir bedingt durch mein gewerkschaftliches Engagement und die Unterstützung meiner Kolleginnen und Kollegen der Weg eröffnet wurde, einmal hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär zu werden, wusste ich natürlich, dass ich fortan im Visier der Stasi war. Trotzdem wagte ich es, dem hauptamtliche Parteisekretär der Energieversorgung Gotha zu sagen: „Wenn wir nicht mit den gleichen Mitteln und Methoden arbeiten, wie die Kapitalisten dies tun, wird das gar nix!“ Da hatte ich natürlich eine riesige Diskussion über Arbeitslosigkeit etc. ausgelöst. Aber ich sagte: „Es gibt genug Arbeit in der DDR, im Wohnungsbau, im Straßenbau und dem Bau kultureller Einrichtungen.“ Damit konnte ich mich gut aus der Affäre ziehen. Dass der Rückstand zum „bösen“ Westen jedoch schon viel zu groß war, ahnte ich trotz Westfernsehen nicht.

Trotz Überwachung durch die Stasi durfte ich im August 1989 nach 11 Jahren Tätigkeit in meinem erlernten Beruf hauptamtlicher Mitarbeiter beim Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau-Energie (IG BE der DDR) in Halle werden. Für mich war es ein Versuch, den Sozialismus mit zu verändern. Ich wollte einen „Marktwirtschaftlichen Sozialismus“. Insbesondere wollte ich jedoch die Arbeitsbedingungen in kohlegefeuerten Heiz- und Kraftwerken verbessern, die mir ein Dorn im Auge waren. Natürlich war ich auch für Reisefreiheit und weniger Angst vor der Stasi. Kurz um. Viele Menschen in der DDR gerieten aber mit ihren Äußerungen und ihrem Handeln in die Tretmühle der Stasi und hatten nicht so viel Glück wie ich, der wieder aus einer Karrieresackgasse heraus kam. Im Gegenteil, sie durften oft ihre bisherigen Berufe nicht mehr ausüben und wurden im Stasiknast eingesperrt.

In meiner Blauäugigkeit hatte auch ich geglaubt, beim Scheitern beim Zentralvorstand der IG BE wieder in meinen Beruf zurückkehren zu können. Mir sagte jedoch während des Wendeprozesses ein Funktionär, dass das sicher nicht nach meinen Vorstellungen gegangen wäre. Egal, in welchem Kraftwerk ich mich beworben hätte, es wäre dort plötzlich ein Einstellungsstopp verhängt

worden. Aber es kam zum Glück alles ganz anders. Während der Wendezeit, als die alten Vorstandsstrukturen abgeschafft wurden, wurde ich erst Mitarbeiter und dann Leiter des Büros des Arbeitssekretariates beim Zentralvorstand der IG BE. Bei der im April 1990 neu gegründeten IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft (IG BEW) war ich dann Mitarbeiter im Vorstandsbüro und durfte daran mitwirken, den nur unzureichend reformierten Dachverband FDGB zu beseitigen.

Ich habe in meinem Beitrag nur ein harmloses Beispiel für das Funktionieren des Staates DDR beschrieben. So, wie ich ihn erlebte. Wäre die Wende nicht gekommen, wäre auch ich sicher früher oder später zum Nachteil meiner Familie in die Tretmühlen der Stasi geraten. Neben meinem Cousin wurde auch eine Kollegin beim Zentralvorstand der IG BE in Halle als IM der Staatssicherheit enttarnt. Ich finde es nicht gut, dass solche Menschen beispielsweise in Arbeitsämtern etc. über das Schicksal von Menschen entscheiden, die sie zuvor bespitzelt und ans Messer geliefert haben. Dass in der Bundesrepublik keine ausreichende Entnazifizierung stattgefunden hat, sollte uns nicht daran hindern, den gleichen Fehler noch einmal zu begehen. Das sind wir den vielen Opfern und Arbeitslosen schuldig, die nicht für die Staatssicherheit gearbeitet haben.

Andreas Koch  
Recklinghausen

#### **Anlage:**

- Seite 4: Mein Leserbrief vom 24.07.2009, den ich unter der Überschrift „*Unrecht bleibt Unrecht*“ eingesendet hatte.
- Seite 5: anonymer Leserbrief vom 24.07.2009 „*Stasi-Mitarbeiter haben die Menschen observiert, gequält und drangsaliert*“
- Seite 6: Bezugsleserbrief vom 17.07.2009 „*Ehemalige Stasi-Mitarbeiter sind keine Kriegsverbrecher*“

# Wer nicht tat, was von ihm erwartet wurde, bekam das vom Staat zu spüren (Recklinghäuser Zeitung 24.07.09)

— Von: **Andreas Koch,  
Recklinghausen**  
— Betr.: **Leserbrief**  
**„Ehemalige  
Stasi-Mitarbeiter sind  
keine  
Kriegsverbrecher“**  
— vom **17. Juli**

Man sollte bei historischen Darstellungen nicht Unrecht mit Unrecht vergleichen. Mir ist zwar bekannt, dass auch in unserem Land neben Extremisten auch Friedensaktivisten und Atomkraftgegner von den Sicherheitsorganen überwacht werden. Jeder Staat versucht, damit bestimmten störenden Ereignissen zuvor zu kommen. Aber was in der ehemaligen DDR passierte, war das Extrem solcher Auswüchse. Auch ich konnte als junger dynamischer DDR-Bürger mein Mundwerk nicht immer halten und äußerte mich insbesondere in wirtschaftlichen Fragen kritisch. Ich kannte aber – bedingt durch die Angst vor der Stasi - meine Grenzen. Deshalb stellte ich das System an sich auch nicht infrage. Schließlich gab es ehrenwerte Ziele, die mir seit meiner Kindheit vermittelt wurden. Ich durfte jedoch auch spüren, was passierte, wenn man nicht das tat, was von einem erwartet wurde. Aufgrund eines Studienplatzwunsches verpflichtete ich mich faktisch schon in der Schule für drei Jahre zur Nationalen Volkssarmee (NVA) zu gehen. Bei der Musterung wusste das Wehrkreiskommando komischerweise bereits davon. Als ich dann aber sagte, dass ich meinem Staat besser dienen könne, wenn ich nach Abschluss der Lehre sofort meinen Grundwehrdienst ableiste, um anschließend nahtlos ein Studium zum Kraftwerksingenieur anzutreten, ließ man mich die Macht des Staates spüren. Man zog mich erst mit 23 Jahren zum Grundwehrdienst ein, was in der DDR unüblich war. Vor Ableistung des Wehrdienstes durfte man nicht studieren. Als ich dann nach Ableistung des Grundwehrdienstes (18 Monate) meinen Kraftwerksingenieur im Fernstudium absolvieren wollte, hieß es nur: „Sie haben zwar das Recht, sich zu

bewerben, aber wir haben keinen Bedarf!“ So sah die freie Entfaltung der Persönlichkeit im Osten aus! Also blieb mir - wie schon vor meinem Grundwehrdienst - nichts anderes übrig, als wieder in meinem Beruf als Obermaschinist im Kraftwerk zu arbeiten. Immerhin hatte ich die höchste Lohngruppe erreicht. Um von meinem beruflichen Abstellgleis wieder fortzukommen, engagierte ich mich fortan gewerkschaftlich. Schließlich wollte ich trotz Rückschlägen mich und die Welt verändern. So kam es, dass ich trotz kritischer Äußerungen und Westverwandtschaft Gewerkschaftsschulen besuchen durfte. Da mir bedingt durch mein gewerkschaftliches Engagement und die Unterstützung meiner Kolleginnen und Kollegen der Weg eröffnet wurde, einmal hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär zu werden, wusste ich natürlich, dass ich fortan im Visier der Stasi war. Trotzdem wagte ich es, dem hauptamtliche Parteisekretär der Energieversorgung Gotha zu sagen: „Wenn wir nicht mit den gleichen Mitteln und Methoden arbeiten, wie die Kapitalisten dies tun, wird das gar nix!“ Da hatte ich natürlich eine riesige Diskussion über Arbeitslosigkeit etc. ausgelöst.

Aber ich sagte: „Es gibt genug Arbeit in der DDR, im Wohnungsbau, im Straßenbau und dem Bau kultureller Einrichtungen.“ Damit konnte ich mich gut aus der Affäre ziehen. Dass der Rückstand zum „bösen“ Westen jedoch schon viel zu groß war, ahnte ich trotz Westfernsehen nicht. Trotz Überwachung durch die Stasi durfte ich im August 1989 nach 11 Jahren Tätigkeit in meinem erlernten Beruf hauptamtlicher Mitarbeiter beim Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau-Energie (IG BE der DDR) in Halle werden. Für mich war es ein Versuch, den Sozialismus mit zu verändern. Ich wollte einen „Marktwirtschaftlichen Sozialismus“. Insbesondere wollte ich jedoch die Arbeitsbedingungen in kohlegefeuerten Heiz- und Kraftwerken verbessern, die mir ein Dorn im Auge wa-

ren. Natürlich war ich auch für Reisefreiheit und weniger Angst vor der Stasi. Kurz um. Viele Menschen in der DDR gerieten aber mit ihren Äußerungen und ihrem Handeln in die Tretmühle der Stasi und hatten nicht so viel Glück wie ich, der wieder aus einer Karrieresackgasse heraus kam. Im Gegenteil, sie durften oft ihre bisherigen Berufe nicht mehr ausüben und wurden im Stasi-Knast eingesperrt. In meiner Blauäugigkeit hatte auch ich geglaubt, beim Scheitern beim Zentralvorstand der IG BE wieder in meinen Beruf zurückkehren zu können. Mir sagte jedoch während des Wendeprozesses ein Funktionär, dass das sicher nicht nach meinen Vorstellungen gegangen wäre. Egal, in welchem Kraftwerk ich

mich beworben hätte, es wäre dort plötzlich ein Einstellungsstopp verhängt worden. Aber es kam zum Glück alles ganz anders. Während der Wendezeit, als die alten Vorstandsstrukturen abgeschafft wurden, wurde ich erst Mitarbeiter und dann Leiter des Büros des Arbeitssekretariates beim Zentralvorstand der IG BE. Bei der im April 1990 neu gegründeten IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft (IG BEW) war ich dann Mitarbeiter im Vorstandsbüro und durfte daran mitwirken, den nur unzureichend reformierten Dachverband FDGB zu beseitigen. Ich habe in meinem Beitrag nur ein harmloses Beispiel für das Funktionieren des Staates DDR beschrieben. So, wie ich ihn erlebte. Wäre die Wende nicht gekommen, wäre auch ich sicher früher oder später zum Nachteil meiner Familie in die Tretmühlen der Stasi geraten. Neben meinem Cousin wurde auch eine Kollegin beim Zentralvorstand der IG-BE in Halle als IM der Staatssicherheit enttarnt. Ich finde es nicht gut, dass solche Menschen beispielsweise in Arbeitsämtern etc. über das Schicksal von Menschen entscheiden, die sie zuvor bespitzelt und ans Messer geliefert haben. Dass in der Bundesrepublik keine ausreichende Entnazifizierung stattgefunden hat, sollte uns nicht daran hindern, den gleichen Fehler noch einmal zu begehen. Das sind wir den vielen Opfern und Arbeitslosen schuldig, die nicht für die Staatssicherheit gearbeitet haben.

## Nicht gleichen Fehler machen

## Berufliches Abstellgleis

## *Stasi-Mitarbeiter haben die Menschen observiert, gequält und drangsaliert*

— **Von:** Der Name der Verfasserin ist der Redaktion bekannt  
— **Betr.:** Leserbrief von Waltraud Henzel „Ehemalige Stasi-Mitarbeiter sind keine Kriegsverbrecher“  
— vom 17. Juli

Sehr verehrte Frau Hensel, Sie mögen ja recht haben, dass nach dem verlorenen Krieg in den beiden deutschen Staaten Personen in Erscheinung getreten sind, die eigentlich in der Öffentlichkeit nichts mehr zu suchen hatten. Aber wir schreiben heute das Jahr 2009. Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer ver-

harmlosen Sie diese IM's „als den netten Menschen in der DDR“ von nebenan. Nein, so einfach ist das nicht. Sie haben einfache Men-

### **IM's waren das Korsett**

schen observiert, gequält und drangsaliert bis zum Gehtnichtmehr. Mit Methoden, die man mit der Gestapo vergleichen kann. Sie verharmlosen dieses Problem auf eine Art und Weise, wie man aus dem Opfer den Täter macht. Vor 20 Jahren hat die mündige Bevölkerung der DDR nach dem Fall der Mauer die-

se Personen am besten in der Produktion gesehen und wo sitzen sie heute? In Amt und Würden, in ca. 15 Jahren haben sie Pensionen, von denen der normale Rentner nur träumen kann.

Es ist wie eine Legende, die sich so langsam in den Köpfen unserer Bevölkerung fest setzt, die netten IM's.

Sie waren doch das Korsett der DDR-Diktatur. In der Bundesrepublik konnten sie sich gegen die Maßnahmen des Bundesverfassungsschutzes rechtlich wehren, wo gab es das in der DDR? Vielleicht in Bautzen, Hoheneck oder Karl-Marx-Stadt.

Denken Sie mal darüber nach, vielleicht sehen Sie es dann etwas anders.

Recklinghäuser Zeitung,  
24.07.2009

## Ehemalige Stasi-Mitarbeiter sind keine Kriegsverbrecher

— Von: Waltraud Henzel,  
Oer-Erkenschwick  
— Betr.:  
Ex-Stasi-Mitarbeiter in  
deutschen Ämtern  
— vom 6. Juli

Lieber Herr Haehser, zu Ihrem Leserbrief möchte ich Ihnen und auch vielen anderen, die es gelesen haben, folgendes antworten: Ich komme selbst aus der ehemaligen DDR und war nach Mauerfall auch erschrocken, was die Mitarbeiter und IM des MfS alles so verbochen haben sollten. Ich war in der glücklichen Lage, davon nichts mitzubekommen, nicht weil ich weggesehen habe, sondern weil es so war.

Jeder Staat hat einen Geheimdienst und auch IM's, das müssen Sie doch eingestehen. Und auch in der Bundesrepublik wurden in den 60er Jahren und auch noch später Menschen verfolgt, die eine andere Meinung zur Politik und zum Staat hatten. Hier ist man immer erschrocken und entsetzt, wenn ein Fall herauskommt, dass jemand IM war, aber die Staatsangehörigkeit der BRD hatte. Das wird ein paar Tage erwähnt und dann ist der Fall abgegessen und keiner kümmert sich mehr darum.

Es gab doch auch hier Politiker, denen wurde nachgesagt, dass sie mit dem MfS gekungelt hätten. Diese Politiker erkaufte sich aber die Nichteinsichtnahme in Akten, wie komisch. Wer Geld hat, hat die Macht - so sieht es aus. Warum also sollen nicht ehemalige Mitarbeiter, Angestellte wie auch immer, nicht bei einem Amt arbeiten. Sind das nicht auch nur Menschen? Was ist mit den Verbrechern aus Wirtschaft und Politik

hier in Deutschland, zu erwähnen sei nur Zumwinkel usw., die bezahlen ein Bußgeld von 5 000 Euro und haben sofort wieder eine hohe bezahlte Stelle, wo sie weiter machen können wie bisher.

Es muss doch irgendwann mal Schluss sein mit diesen Hetzereien gegen das ostdeutsche Volk. Haben sie nicht ein Recht, hier in Deutschland zu leben und nicht daher zu vegetieren, weil sie keine Jobs mehr bekommen?

Wissen Sie vielleicht, wie viele ehemalige MfS-Mitarbeiter und Angestellte in den alten Bundesländern tätig waren? Nein, bestimmt nicht, das wäre ja zu fatal, wenn so etwas herauskommt. Es sind doch letztlich immer die sogenannten „Ossis“ Schuld an allem. Und die, die eine Wende um 180 Grad gemacht haben aus den alten Parteien

**Wieder sind  
die „Ossis“**

der ehem. DDR und hier leben und arbeiten, sind alle Unschuldengel?

Auch heute, nach 20 Jahren Mauerfall, ist die Kluft zwischen Ost und West verheerend. Kann es sein, dass ein Volk so verschieden ist? Müssten nicht die Menschen aus den alten Ländern froh sein, keinen sozialistischen Staat mehr neben sich zu haben? Es ist doch das, was vor 20 Jahren alle hier wollten! Und wenn ich noch weiter zurück gehe, denken Sie mal an die Zeit nach 1945 und weiter. Waren da nicht Wehrmachtsoffiziere usw. in Schulen, Banken, Gerichten usw. wieder eingegliedert. Hat die einer verfolgt? Nein! Ich trete für ein friedliches Nebeneinander ein und mache ihnen den Vorschlag, sich mal mit einem Mitarbeiter des ehem. MfS zu treffen und sich zu unterhalten. Das sind auch nur Menschen und keine Kriegsverbrecher!

Recklinghäuser Zeitung,  
17.07.2009